

Beschluss (vorläufig) Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

- 1 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen
2 die
3 Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und
4 Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die
5 bislang
6 weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende
7 Energie-
8 Unabhängigkeit erreicht, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs
9 geschaffen
10 werden. Das ist unser Ziel. Die gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie
11 müssen nur angepackt werden!
- 12 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen
13 wir bei
14 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit
15 Klimaschutz
16 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir
17 schützen
18 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in
19 der Lage
20 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der
21 wir
22 unsere Politik aufbauen. Wir leben bereits in einer Welt, die sich um ein Grad erwärmt
23 hat.
24 Diese Veränderung birgt schon heute erhebliche Risiken auf unser Zusammenleben und
25 unsere
26 Freiheit. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen
27 haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am
28 wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in
29 den Ländern
30 des globalen Südens. Deshalb streiten wir - an der Seite einer globalen Bewegung - für
31 Klimagerechtigkeit. Viele werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als
32 Klimaflüchtlinge
33 auf den Weg machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Selbst
34 die Weltbank
35 rechnet mit 140 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Es wird zu Kriegen um Wasser,
36 fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen. Wir werden uns der Verantwortung so
37 oder so
38 nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns davon. Hitzerekorde, Dürren,
39 Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue
40 Schreckensmeldungen. Der
41 vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst
42 auch bei

26 uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an
27 den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.

28 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht
nur,
29 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
30 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
31 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
32 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl,
Gas und
33 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der
Erneuerbaren
34 aufbauen, macht einen Unterschied. Die EU-Energieaußenpolitik muss auf
Nachhaltigkeit und
35 einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer
solchen,
36 gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf Erneuerbarer Energien
basierende
37 Energieunion notwendig.

38 Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren Reichtum auf Kosten Dritter
39 erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die einen gedrosselten
40 Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen wir die
Meere leer
41 oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir unseren Müll ins
42 Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik? Mit welchen Wohlstandsindikatoren
wollen wir
43 am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften stärken?

44 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel diejenigen, die sich an
45 Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen, die in
46 Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Viele europäische Städte tüfteln
schon
47 lange an einer autofreien Zukunft. Aber auch innovative Unternehmen,
Ingenieur*innen,
48 Wissenschaftler*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit ihnen allen

49 verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom
auskommt,
50 eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert, Tiere schützt und
51 Landwirten eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe
plastikmüllfrei
52 wird und unsere Meere schützt.

53 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft -
das sind
54 Anzeichen einer kranken, ausgelaugten und überstrapazierten Natur, die auf den
Menschen
55 zurückgehen. Und Anzeichen dafür, dass wir Grenzen überschreiten. Diesen
Herausforderungen
56 müssen wir uns stellen. In einem gemeinsamen Europa können wir mit weniger Dünger,
weniger
57 Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren und Pflanzen wieder mehr

Lebensraum geben.

58 Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen,
verbessern
59 wir die Qualität von Flüssen und Seen. Und mit europäischen Korridoren für Biotop- und
mehr
60 Wildnisflächen erhalten wir wichtige Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames
Europa,
61 das seine Umwelt und Natur schützt.

62 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment
hinkt
63 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
64 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen
wir eine
65 europäische Batterieproduktion aufbauen, die sparsam mit den notwendigen
Ressourcen
66 umgeht. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche Mobilität und halten zugleich die
67 Wertschöpfung in Europa. Digitale Technologien wollen wir stärker für vernetzte
Mobilität
68 einsetzen. Zudem knüpfen wir ein europaweites Schienennetz und verlagern Güter von
der
69 Straße auf die Gleise. Mit einem dynamisch ansteigenden CO₂-Mindestpreis sorgen wir
für
70 wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere Versorgungssicherheit
schaffen
71 wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein intelligentes Stromnetz. Das alles
geht
72 nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

73 **1.1 Klimaschutz fördern, für ein Europa der Erneuerbaren Energien, raus aus** 74 **Kohle- und** 75 **Atomkraft**

75 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben
weltweit
76 10,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und
über
77 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
78 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und der
Garant
79 für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Europa
durch
80 die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union
bei dieser
81 rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den USA wird mittlerweile
deutlich
82 mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

83 Wir wollen das ändern! Wir wollen eine zu 100 % erneuerbare und energieeffiziente
84 Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das
85 europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele
bewegt,
86 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die

wir
87 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis
2050
88 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise
89 einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu
begrenzen.
90 Die CO₂-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990
gesenkt werden.
91 Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr
1990, um
92 ein maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.
Diese
93 Ziele müssen wir kontinuierlich überwachen und falls nötig anpassen. Wenn der
Klimawandel
94 sich beschleunigt, ist es notwendig, schneller voranzukommen.

95 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung.
Darüber hinaus
96 schafft Kohleverbrennung gesundheitliche Probleme. Dabei gibt es längst Alternativen:
97 Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger.
98 Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien
haben
99 sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance)
angeschlossen,
100 die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht. Diesen Vorreitern muss
sich
101 die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt an der klimaschädlichen
Kohle
102 festzuhalten.

103 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in Europa den Ausbau der
104 Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch hochgiftige
105 Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa dürfen
nicht
106 weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür trägt. Die
107 Stromversorgung wird im Zuge der Abschaltung der unflexiblen, ineffizienten Kohle-
und
108 Atomkraftwerke durch den Zubau erneuerbarer Energien sowie von hocheffizienten
109 Kraftwärmekopplungsanlagen sichergestellt, die zunehmend nur noch mit erneuerbaren
Energien
110 betrieben werden. Ob CO₂, Quecksilber, Feinstaub oder Stickoxide: überall sind
111 Kohlekraftwerke als Hauptverursacher dabei. Deshalb müssen wir jetzt beginnen,
112 Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen. Wir brauchen
nicht nur
113 in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg.

114 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige
Generationen
115 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg
darf nicht
116 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich
setzt

117 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft. Die dort diskutierte
118 Laufzeitverlängerung
119 von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass
120 Atomkraftwerke, die
121 für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender
122 Störfälle
123 60 Jahre am Netz bleiben sollen. Auch Belgien macht keine Anstalten, seine
124 Schrottreaktoren
125 vorzeitig stillzulegen. Die Laufzeiten für Atomkraftwerke sind auf ein absolutes
126 Maximum von
127 40 Jahren zu begrenzen. Risiko-AKW's wie die französischen Reaktoren Cattenom und
128 Fessenheim,
129 das belgische Tihange oder das tschechische Temelín sind sofort abzuschalten. Der
130 Betrieb
131 dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer*innen. Darüber
132 hinaus
133 fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger*innen und
134 Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe
135 Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte in Europa müssen
136 systematischer erfasst,
137 transparenter gemacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

129 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von
130 Atomkraftwerken in
131 Europa überhaupt noch - und dient beispielsweise in Großbritannien indirekt auch den
132 Atomwaffenprogrammen. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf
133 Grundlage des
134 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Diese indirekten und direkten
135 Subventionen müssen beendet werden. Alle Passagen dieses Vertrages, die
136 Investitionen,
137 Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft
138 begünstigen und
139 AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden
140 Vorteil
141 verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von
142 Atommüll
143 mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der
144 Endlagersuche
145 sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden
146 einheitlichen
147 Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso verlangt die unterirdische
148 Endlagerung hohe, einheitliche Mindestanforderungen. Darüber hinaus ist ein neues
149 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen und
150 einer
151 Einbeziehung grenzüberschreitender Auswirkungen notwendig; Bei den Entscheidungen
152 zu Euratom
153 wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das Europäische
154 Parlament. Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 erreichen,
155 muss die
156 Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen
157 Stromquellen auch

146 auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende
europaweit
147 gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energie-Charta-Vertrag, der
148 Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in
Luxemburg
149 aushebelt, wollen wir hingegen kündigen.

150 Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten – Klimapass für
Bewohner*innen von
151 bedrohten Inselstaaten

152 Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches
Phänomen
153 mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es
deshalb
154 Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an
die
155 Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden
Menschen
156 gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt,
diesen
157 Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb
ihres
158 Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet sind
die
159 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase.
Daher soll
160 die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer
gemeinsamen
161 Regelung den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise
unbewohnbar
162 werden, Klimapässe anbieten. Diese sollen zusätzlich und nicht alternativ zu
bestehenden
163 Initiativen und Forderungen der Inselstaaten etabliert werden. Auch andere Staaten mit
164 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen sollen als Partner für diese
165 gerechte Klimafolgenanpassung gewonnen werden. Zugleich sollte die EU Prozesse
unterstützen,
166 in denen mit betroffenen Staaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit
klimabedingter
167 Migration, Flucht und Vertreibung, sowie zum Zugang zu internationalem Schutz
beraten wird.

168 CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld

169 Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen.
Dieser Preis
170 besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem
171 Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und
172 Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen
geben,
173 denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige

Investitionsentscheidungen zu
174 treffen. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, zusätzlich muss die
175 Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter
176 reduziert werden. Nur so entfaltet der CO₂-Preis eine echte Lenkungswirkung.
Deutschland
177 soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen
178 Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis einführen; die Niederlande und
Frankreich
179 haben ihre Absicht dazu schon erklärt. Perspektivisch wollen wir eine
gesamteuropäische
180 Lösung vorantreiben.

181 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir
eine
182 grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen
entsprechend
183 für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis kosten.

184 Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht deren Produktion dem
europäischen
185 CO₂-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa
zukünftig die
186 Entstehung von CO₂ und nicht die Herstellung der Produkte verteuern. Dadurch
verhindern wir,
187 dass der hohe CO₂-Preis die Produktion und damit den CO₂-Ausstoß in Länder verlagert,
in
188 denen es keinen vergleichbar hohen Preis für CO₂ gibt. Den dafür notwendigen
Grenzausgleich
189 („border carbon adjustment“) wollen wir WTO konform gestalten. Perspektivisch wollen
wir
190 weitere umweltschädliche Effekte analog zur CO₂-Besteuerung in eine umfassende
191 Verschmutzungs- und Ressourcenbesteuerung aufnehmen.

192 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker
belasten als
193 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
194 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als
Pro-
195 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist,
werden
196 wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

197 Wir wollen Energiearmut bekämpfen, indem europaweit Sozialtarife geschaffen werden,
198 betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatungen erhalten
und die
199 eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.

200 Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen

201 Der Kohleausstieg wird dazu führen, dass einerseits Arbeitsplätze verloren gehen und
202 andererseits in neuen Zukunftsbranchen deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen.
Dennoch nehmen
203 wir die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und lassen die Menschen nicht im
Stich. Bei
204 diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen,
damit sie
205 eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen
„Kohleausstiegsregionen“
206 speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut
und
207 passgenaue Weiterbildung wird angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf
Weiterbildung und
208 lebenslanges Lernen in ganz Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom
Strukturwandel
209 Betroffenen, sondern ist auch ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die Sozialpartner
sollen
210 ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen
können.

211 Europas Energie vernetzen

212 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der
nationalen
213 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng
miteinander
214 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Wir
brauchen
215 nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und höhere Energieeffizienz. Die
Weichen dafür
216 stellen wir, indem wir die Energiewende im Wärmesektor vorantreiben und dafür
sorgen, dass
217 Gebäude in Europa energieeffizient werden und erneuerbare Energien nutzen. Das
Projekt Nord
218 Stream 2 lehnen wir daher ebenso ab wie neue Pipelineprojekte, Frackingvorhaben und
den
219 Import von gefracktem Gas. Doch auch der Bau von LNG-Terminals ist keine Alternative
für die
220 Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Die starke Abhängigkeit
Europas von
221 klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen
Anstrengung
222 überwunden werden.

223 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem
gesamteuropäischen Stromverbund
224 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere
Basis
225 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und
verbinden
226 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
227 Unabhängigkeit.

228 Für Europa brauchen wir dazu ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
229 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel
steuerbaren
230 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt.

231 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen,
die
232 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss
Leitschnur für
233 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die
Erzeugungspotenziale
234 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und
dezentralen
235 Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht
und
236 geplant werden. Um mehr Speicherkapazitäten zu schaffen, setzen wir uns für ein
237 Markteinführungsprogramm für Energiespeicher ein.

238 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die
Einlagerung von
239 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch
Fracking
240 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt
ab.
241 Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es aber unerlässlich, dass wir die
242 verschiedenen Ansätze für negative Emissionen und ihre Einsatzpotenziale und Risiken
243 gründlich erforschen. Großmaßstäbliche Hochrisikotechnologien, die auf unabsehbare
Weise in
244 Atmosphäre und Ökosysteme eingreifen, lehnen wir ab. Stattdessen müssen diese
enormen Gelder
245 in Technologien zur Einsparung von Treibhausgasen investiert werden. Dazu gehören
zum
246 Beispiel das Aufforsten von Wäldern sowie das Pflanzen von Bäumen, denn Bäume
speichern CO₂,
247 produzieren Sauerstoff und sind daher eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Hierfür
schlagen
248 wir ein EU-Förderprogramm vor.

249 Union für Energie- und Ressourceneffizienz

250 Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die
251 Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren. Diese
252 Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für CO₂-
253 Emissionen. Je mehr Energie eingespart wird, desto günstiger wird Klimaschutz.
Schlüssel für
254 weniger Energieverbrauch sind die Bereiche Planen, Bauen und Wohnen, der Umstieg
auf eine
255 energieeffiziente Elektromobilität, Digitalisierung, effiziente Produktion und
256 energiesparende Produkte mit einer langen Lebensdauer. Wir wollen den Umstieg
privater
257 Verbraucher*innen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen
258 Unternehmen eine günstigere Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die

vom EU-

- 259 Parlament und Rat geschaffene Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene
Produktgruppen
260 ökologische Mindeststandards fest. Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir
261 wollen für weitere Produkte ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir
262 ökologische Innovationen, beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern.
- 263 Wir möchten, dass jedes neue Gebäude in Europa energieeffizient ist und erneuerbare
Energien
264 selbst erzeugt - zum Beispiel in Form von Solarstrom, Solarwärme, Erdwärme oder einer
Kombination daraus und erneuerbare Energien direkt oder über Wärmenetze nutzt. Bei
265 Neubauten
266 der öffentlichen Hand wie beispielsweise Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden
und
267 Schwimmbädern soll dies zur Pflicht werden. Die Begrünung von nicht zur
Solarenergienutzung
268 geeigneten Dachflächen trägt zu einem gesunden Stadtklima bei.
- 269 Nachhaltigen Konsum ermöglichen
- 270 Um die Klimaziele zu erreichen, soll es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von
Flugreisen
271 bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zu
Lasten
272 des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen, weniger
zu
273 verbrauchen und zu konsumieren. Dafür wollen wir die Lebensdauer und
Gewährleistungsfristen
274 von Gütern erhöhen, den Flächenverbrauch in Europa stoppen, pflanzliche Ernährung
fördern.
- 275 Statt weiter wachsendem Flugverkehr wollen wir die Mobilität auf der Schiene stärken.
276 Initiativen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy unterstützen
wir.
- 277 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 278 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen
Energieträgern
 - 279 • sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien,
 - 280 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt
 - 281 • Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen
282 transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher.
 - 283 • einen wirksamen Preis für CO₂,
 - 284 • einen Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung ,

285 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

286 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten
jenseits

287 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Europa braucht ein
Verkehrssystem, das
288 den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere
Lebensqualität
289 steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie
Feinstaub
290 und Ultrafeinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen
Straßen rauben
291 uns die Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr,
292 sind Züge unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir
ändern.
293 Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle
nutzbar
294 ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität
gestalten.
295 Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit
modernsten
296 technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und Radverkehr,
297 weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote,
weniger
298 Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der
Stadt
299 und auf dem Land. Der Straßenverkehr muss sicherer werden, wir treiben dafür die
Entwicklung
300 und den Einsatz von Assistenzsystemen für PKW und LKW voran, die beispielsweise
301 Gefahrensituationen mit Fahrradfahrenden erkennen, warnen und etwa abbremsten.
Mittelfristig
302 wollen wir autofreie Innenstädte schaffen. An der Lösung des Ultrafeinstaub-Problems
im
303 Umfeld der Flughäfen muss intensiv gearbeitet werden.

304 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt
Milliarden in
305 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert
306 werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet fordern
wir
307 die Einführung eines CO₂-Preises auf alle fossilen Treibstoffe, damit aktuell saubere
308 Antriebe im Verhältnis günstiger werden. Auch die Produktion von Palmölkraftstoffen
führt
309 durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO₂. Die Beimischung
dieser Stoffe
310 wollen wir beenden.

311 Einer der Hauptverursacher für Lärm ist der Verkehr, entsprechend gesundheitlich
belastet
312 sind Anwohner*innen von lauten Straßen. Wir setzen uns für leise Mobilität ein und
treten
313 für strengere Grenzwerte ein. Der Lärm aus absichtlich laut gestalteten Motorrädern
und

314 Autos schwillt immer weiter an. Wir wollen die Normtests für Fahrzeuglärm der Realität
315 anpassen. Die EU-Lärmgrenzwerte sind in allen Betriebszuständen und allen
Frequenzen
316 einzuhalten.

317 Auch den Fahrradverkehr und die Nutzung elektrisch unterstützter Pedelec-Fahrräder
wollen
318 wir intensivieren und die Pedelecs versicherungsrechtlich mit Fahrrädern gleichgestellt
319 lassen. Die mittlerweile 15 europäischen Fernradwege, die Euro-Velo-Routen, wollen wir
320 ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern.

321 Ein europäisches Schienennetz knüpfen

322 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch mehr
323 zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart
21, mit
324 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt
für
325 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische
Eisenbahnnetz ist noch
326 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das 2016
erstmal
327 aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche
328 Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das
Programm
329 überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit schaffen wir mit
wenig
330 Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon profitieren
gerade die
331 Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind. Mobilität ist Grundlage für
332 gesellschaftliche Teilhabe. Die Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so
kann
333 ein gutes und attraktives Verkehrsangebot gesichert werden.

334 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
335 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet
nicht nur
336 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
337 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
338 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und
Bahnsteighöhen
339 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr
Personen-
340 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schon das Klima und senkt die
Belastung
341 durch Schadstoffe. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für mehr Güter auf der Schiene
wird es
342 aber nur geben, wenn Güterzüge deutlich leiser werden. Dafür werden wir uns weiter
343 einsetzen. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und
Personenverkehr.
344 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen

Metropolen und
345 einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein. Eine gemeinsame
Finanzierung bzw.
346 eine Fondslösung kann das unterstützen. Damit Europa über die große Distanz
zusammenwachsen
347 kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich eine ernstzunehmende Alternative
zu Auto
348 und Flugzeug werden. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir
machen
349 uns für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir Athen und
Helsinki,
350 Madrid und Budapest verbinden.

351 Weltmarktführer für saubere Mobilität

352 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel gemeinsam mit der
353 Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und
354 Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur
wer
355 die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann
356 internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung,
357 Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu
nennen.

358 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die
CO₂-
359 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere
Abgastests
360 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen
Bärenienst
361 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom
fossilen
362 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte
europäische
363 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und
eine EU-
364 weite Quote für abgasfreie Neuwagen, Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos neu
zugelassen
365 werden. Verbindliche Zulassungsquoten sollen sicherstellen, dass auch LKW, Busse,
366 Baumaschinen, sonstige Nutzfahrzeuge, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und
Flugzeuge nach
367 und nach auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Damit wir es schaffen im Sinne
des
368 Pariser Klimaschutzabkommens, den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu
gestalten, sollen
369 rechtzeitig nur noch solche Fahr- und Flugzeuge neu zugelassen werden, die
klimaneutral
370 angetrieben werden. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil
371 angetriebenen Fortbewegungsmittel. Damit gehen wir den nötigen Schritt für die
372 Stabilisierung des Klimas, Gesundheitsschutz und innovative Arbeitsplätze.

373 Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der
Steuerprivilegien
374 bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die Produktion
von
375 Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und
376 Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an
die
377 regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit seltenen
Metallen,
378 damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird. Beim ÖPNV wollen wir die
379 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
380 produziert werden. Auch die Entwicklung alternativer, sauberer Antriebe für den
381 Wirtschaftsverkehr in der Stadt und über Land wollen wir vorantreiben.

382 Ziel grüner Mobilitätspolitik ist es, dass Menschen schnell, sicher und emissionsfrei von
A
383 nach B kommen. Das erhöht die Lebensqualität in der Stadt und auch auf dem Land.
Mithilfe
384 digitaler Technik und kluger Stadtplanung werden Fahrrad- und Fußverkehre, Busse,
Bahnen und
385 Autos mit Bike- und Carsharing vernetzt und gefördert. Hinzu kommen neue
Entwicklungen wie
386 die intelligente Verkehrssteuerung und demnächst autonome Fahrzeuge, die unter den
richtigen
387 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir
wollen die
388 digitalgestützte emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität
erhöhen.

389 Dazu wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte und
Regionen
390 starten, die gezielt den Autoverkehr verringern und dafür den öffentlichen Nah-, Rad-
und
391 Fußverkehr ausbauen. Diese Modellgebiete können Vorbildcharakter für ganz Europa
haben.

392 Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt

393 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs
bringen.
394 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für weitergehende Klimaziele für
die
395 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und
eine
396 klimaneutrale Schifffahrt. Auch der Flugverkehr muss aufholen und seinen Beitrag für
den
397 Klimaschutz leisten. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken
wollen wir
398 fördern. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu
weniger
399 Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf europaweit
400 verbindliche Vorgaben, wie z.B. weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder eine
401 Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%. Dafür brauchen wir

eine
402 entsprechende Hafeninfrastruktur.

403 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
404 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell
verboten werden.

405 Zur Erreichung sind eine ausgebaute LNG Tank-Infrastruktur sowie die Erforschung von
406 alternativen Antriebsstoffen erforderlich. Die Abhängigkeit von Schweröl und
Schiffsdiesel
407 muss der Vergangenheit angehören. Speziell der Kreuzfahrtbereich muss sauberer
werden und
408 sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Kulturgütern verpflichten.

409 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen.
410 Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht
besteuert. Das
411 wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern. Zudem muss der internationale
412 Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel der EU einbezogen werden,
um seinen
413 Beitrag zum Schutz der Atmosphäre beizutragen. Weiterhin setzen wir uns für die
Reduzierung
414 des Fluglärms ein. Die aktuellen Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie
wirksam
415 zu Lärminderung führen.

416 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 417 • eine Europäische Verkehrswende mit Vorfahrt für umweltverträgliche und
418 vernetzte
Mobilität,
- 419 • die Förderung sauberer Fahrzeuge und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 420 • eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben,
- 421 • einen Umstieg auf weniger, saubere und sicherere Autos,
- 422 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

423 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

424 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
425 umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten
von
426 Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen
unter
427 anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu
leben,
428 transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative
Auswirkungen auf
429 die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Wir Grünen
bleiben
430 dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen und
sozialen

431 Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem fairen
432 Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen
Stärken
433 unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

434 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und
CO₂-armer
435 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
436 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So
vereinen
437 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
438 Lebensgrundlagen. Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste
Produktionsweise
439 entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern
und
440 fördern. Auch wollen wir erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste
Produktionsweise
441 nach einiger Zeit zum Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die
Ökodesign-
442 Richtlinie hat das Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten
443 einzusparen und 1 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer
444 ressourcenschonenden Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in
Europa
445 schaffen.

446 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem
atemberaubenden
447 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
448 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen
Kreislaufwirtschaft
449 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Der Bauindustrie
450 kommt dabei große Bedeutung zu: So wollen wir - wo möglich - neue Gebäude aus
nachwachsenden
451 Baustoffen, wie z.B. Holz errichten. Bei Abrissen müssen die Baustoffe sortiert und
recycelt
452 werden. Wir wollen eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die auf Wiederverwendung
und
453 stofflichem Recycling basiert. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.
454 Digitalplattformen können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe
eine
455 wichtige Rolle spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von
456 Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen
Welt
457 exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert
und
458 Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Dem stetig
steigenden
459 Ressourcenbedarf durch immer längere Transport- und Fertigungskosten gilt es
460 entgegenzutreten, indem Transport wie auch Produktion mit den wahren Umweltkosten
belegt
461 werden. So fördern wir regionale, energieeffiziente Produktion. Besonderes Gewicht für

die
462 Recyclingwirtschaft hat auch die EU-Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige
463 Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

464 Regionale Wirtschaft stärken

465 Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen,
466 Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Denn gerade kleinere Betriebe wie die
Bäckerei
467 oder die Gaststätte sind von fundamentaler Bedeutung für die Nahversorgung wie auch
für den
468 sozialen Zusammenhalt. Doch diese kleinen häufig inhabergeführten Unternehmen sind
heute
469 stark in ihrer Existenz bedroht, dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und
470 verantwortlicher. Denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die
Auswirkungen
471 ihres Handelns stärker.

472 Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf klar
473 definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisgerechte
474 Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für
kleine
475 Betriebe.

476 Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen

477 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind
damit
478 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem
Planeten
479 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch finanziell
480 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in
Kohle,
481 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und
Kommunen haben es
482 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen
nachhaltig
483 ausgerichtet. Jegliche Subventionen für die Kohle-Verstromung lehnen wir ab.

484 Die ökologische Modernisierung braucht massive Investitionen, die finanziert werden
müssen.
485 Heute wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht
486 nur ein ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte
und die
487 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
488 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein
Wachstumsmarkt,
489 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

490 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung
schaffen.

491 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
492 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance

- 493 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten
Nachhaltigkeitskriterien
494 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische, soziale, darunter auch
gleichstellungspolitische,
495 Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein
unabhängiges Siegel
496 für nachhaltige Geldanlagen einführen.
- 497 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch
das
498 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-
Kriterien
499 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch
und
500 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen
wir
501 abschaffen. Wir werden die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele
bei der
502 Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel vom EU-Parlament und wiederholt
vom
503 Umweltbundesamt empfohlen.
- 504 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
505 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem
kleinen
506 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu EU-
Förderprogrammen für energie-
507 und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.
- 508 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Chancen
509 bieten insbesondere Genossenschaften und soziale Unternehmen. Wir wollen eine
Strategie der
510 EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
511 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden.
Unternehmen mit
512 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
513 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.
- 514 Der Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch ein grünes BIP ersetzt
werden,
515 das die Bewertung einer gesunden Umwelt und zufriedenen Gesellschaft sowie die
516 demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beinhaltet.
- 517 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 518 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
 - 519 • ökologisch transparente Geldanlagen,
 - 520 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie,
 - 521 • eine weitreichende Ökodesign-Richtlinie für eine ressourcenschonende
Wirtschaftsweise
 - 522 in ganz Europa.

523 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

524 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
525 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren,
Pflanzen
526 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus.
Auf den
527 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer
weniger:
528 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die
Anzahl
529 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Diese sind jedoch essentiell für
die
530 gesamte Landwirtschaft. Ihr Fehlen bedeutet daher auch einen großen
volkswirtschaftlichen
531 Schaden. Auch in anderen europäischen Ländern sieht die Situation nicht viel besser
aus.
532 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu
stoppen.
533 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo
sie
534 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete
verteidigen,
535 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Wir wollen, dass
Großschutzgebiete
536 besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks,
537 Biosphärenreservate und auch Naturparks. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und
Wolf, den
538 besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes Wolfsmanagement
mit
539 Programmen zum Wildtiermonitoring und zur Vermeidung von Mensch-
Wildtierkonflikten werden
540 wir fördern.
541 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
542 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020
543 aufzuhalten, und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
544 umgehend eine ambitionierte Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den
Zeitraum
545 nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu
erarbeiten. Die
546 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue Leitprinzipien
547 verankern. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert
multilaterale
548 Kooperation und angemessene Lastenteilung nach dem Prinzip der "gemeinsamen,
aber
549 unterschiedlichen Verantwortung". Beispiel nehmend am Pariser
Klimaschutzabkommen streben
550 wir globale Vereinbarungen mit vergleichbarem Konkretisierungsgrad zum Erhalt der
551 Biodiversität und für den Meeresschutz an.
552

553 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der
Umwelt-
554 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen
Regierungen, die
555 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
556 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
557 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des
Białowieża-Waldes
558 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in
unserem
559 Wasser verurteilt.

560 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von
der EU-
561 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf
allen Ebenen
562 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission
ihre
563 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße
gegen das
564 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

565 Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir
abbauen und
566 damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir
567 transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben und den Naturschutz besser
568 finanzieren. Um Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur.
Dafür
569 fördern wir mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in der

570 Europäischen Union verdoppeln. Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel
vorangehen und sein
571 beschlossenes Ziel von 2 % Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur
voran,
572 wenn wir das mit einer Agrarwende, weniger Pestiziden und Dünger auf den Feldern,
mehr
573 agrarstrukturellen Elementen wie Hecken, Randstreifen oder Blühflächen und mehr
ökologischem
574 Landbau verbinden. Eine artenreiche Landschaft ist nur mit einer vielfältig
strukturierten
575 Landwirtschaft zu erreichen.

576 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen,
mit
577 dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so
kann der
578 Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden.
Hierzu
579 wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine
Verbandsklage im
580 Verbraucherrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse
581 demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren.

582 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 583 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder ,
- 584 • grenzüberschreitende Biotope,
- 585 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 586 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

587 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

588 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte,
589 bauerliche Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir

590 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
591 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den Zielen der EU in der Klima-, Umwelt-,
592 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen
Kulturlandschaften

593 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten und
das

594 Höfesterben stoppen. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den
Aufbau

595 einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert
als

596 auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die
Landwirt*innen

597 erzielt und eine vielfältige Agrarstruktur fördert.

598 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie für eine Ernährungswende. Wir wollen ein
Umfeld

599 schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund zu ernähren. Verbraucher*innen haben das
Recht

600 zu wissen, was drin ist. Sie wollen gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände
und

601 Geschmacksverstärker. Deshalb fordern wir eine leicht verständliche Nährwertampel,
eine

602 Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln und eine
603 obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnik-Kennzeichnung. Wir setzen uns für eine
nachhaltige

604 Ernährung ein, die gut für die Verbraucher*innen ist und bei der Stadt und Land
gemeinsam

605 Umwelt, Klima, Tiere und Böden schützen.

606 Wir setzen uns außerdem gegen Lebensmittelverschwendung ein: Wie schon in
Frankreich

607 praktiziert müssen Supermärkte mit einer Größe von mehr als 400 Quadratmetern ihre
nicht

608 verkauften Lebensmittel entweder an karitative Einrichtungen spenden, in dafür

609 eingerichteten Regalen kennzeichnen und kostenlos abgeben oder als Tierfutter bzw.
Kompost

610 recyceln. Bis dahin entkriminalisieren wir das Containern. Mit Förderprogrammen für
611 Foodsharing und dem Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein Verzehrdatum
erhöhen wir
612 die Verwertbarkeit von Lebensmitteln.

613 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht:
Immer mehr
614 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
615 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
616 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit
uns für eine
617 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
618 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck
bleibt
619 groß. Unser mittelfristiges Ziel muss sein, die Landwirtschaft in der EU nach
ökologischen
620 Kriterien auszurichten, ähnlich wie das EU-Bio-Siegel sie gegenwärtig schon vorsieht.

621 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit
fruchtbare Böden
622 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert
hoch
623 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des
624 Ausstoßes
625 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

626 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die
Landwirtschaft
627 in der EU zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und
Tieren
628 steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die Agrarpolitik sollte dazu
629 beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen
630 Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich entwickelnden
Ländern
631 zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und
632 Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die bäuerliche
633 Landwirtschaft weltweit erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht
634 werden.

635 Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung

636 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen
anzupassen,
637 muss sich vor allem die Ausgestaltung der aktuellen EU-Agrarförderpolitik grundlegend
638 ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit
denen die
639 Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und
640 fördert so Umweltzerstörung, Industrialisierung, Höfesterben und Exportorientierung.
Die
641 Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

642 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen soll ausschließlich die über
643 gesetzliche
644 Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das
645 Gemeinwohl
646 fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen.
647 Öffentliche
648 Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und Umwelt
649 nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen
650 Landwirtschaft,
651 eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und
652 flächengebundene
653 Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe,
654 die
655 weniger oder gar keine Pestizide einsetzen oder Naturschutzmaßnahmen durchführen.
656 Die bisher
657 überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell
658 wirtschaftenden
659 Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches
660 Geld für
661 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.
662 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
663 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für
664 jedwede
665 Förderung ist das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards, die ebenfalls für alle
666 Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern
667 wir einen
668 Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich für Naturschutzmaßnahmen in der
669 Agrarlandschaft.

670 Die EU muss zum Ziel haben, Kleinbäuer*innen in ärmeren Ländern dabei zu
671 unterstützen, mit
672 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen
673 und so
674 zur Ernährungssicherheit und -souveränität beizutragen. Gleichzeitig müssen die
675 Länder auch
676 stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Wir wollen ein
677 Monitoring
678 der externen Auswirkungen der GAP einführen.

679 Auch die Übermacht des Einzelhandels trägt dazu bei, dass Landwirtinnen und
680 Landwirte in
681 Europa in einen brutalen Wettbewerb sowie Kleinsterzeuger*innen wie etwa in Afrika
682 und
683 Lateinamerika in den Ruin getrieben werden. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben
684 langfristig
685 auf der Strecke. Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur Agrarwende
686 leisten.
687 Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um die Preise zu
688 stabilisieren.
689 Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu
690 beenden.

670 Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen

671 Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird
672 zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren
entdecken Ackerland
673 als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen: Für
674 bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer*innen ist es kaum noch möglich,
zu
675 fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.

676 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt
werden, etwa
677 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur
pro
678 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere
Betriebe zu
679 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
680 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine
681 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden muss vor Spekulationen
geschützt
682 werden.

683 Antibiotikaresistente Bakterien aus landwirtschaftlicher Tierhaltung können beim
Menschen zu
684 Infektionen und Todesfällen führen. Wir setzen uns für eine antibiotikafreie Tierhaltung
685 ein. Damit stärken wir die menschliche Gesundheit, sorgen für eine tiergerechte
Haltung und
686 senken den Nitratgehalt in den Gewässern.

687 Trinkwasser und Gewässer schützen

688 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem
Wasser ist
689 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen
ordentlichen Zugang
690 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Erderhitzung verschärft diese Situation.
In
691 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem
immer
692 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und
verschmutzt
693 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern,
gründete
694 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an
unterstützt
695 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten
trugen diese
696 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem
Versuch
697 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für
internationale
698 Unternehmen zu machen.

699 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten
ökologischen
700 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie
garantieren
701 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen der Europäischen Union noch
meilenweit
702 entfernt. Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der
703 Wasserrahmenrichtlinie ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden
konkretisieren.
704 Außerdem wollen wir den Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz
705 Pestizide weiter zurückdrängen.

706 Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!

707 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
708 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung,
Monokulturen,
709 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

710 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
711 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie
schaden
712 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen
wir uns
713 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon
einmal
714 auf EU-Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
715 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten
Vorsorgeprinzips
716 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es
braucht
717 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

718 Als weitere Maßnahme gegen das Insekten- und Vogelsterben fordern wir die Schaffung
von
719 ökologischen Vorrangflächen, wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster,
720 Extensivgrünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.

721 Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken!

722 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
723 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste
landwirtschaftliche
724 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu
Agroforstsystemen
725 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig
726 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial
ist
727 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere
728 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische
Methoden – zu
729 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit einem
730 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und

731 gentechnische Ansätze erhalten. Wir setzen uns auch für den Erhalt wertvoller
732 Kulturlandschaften ein, beispielsweise der Streuobstbestände.

733 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren – anders als Gentechnik teilweise im
734 medizinischen Bereich und bei der industriellen Produktion – den Einsatz von Gentechnik in der
735 Landwirtschaft ab. So, wie Gentechnik in der Landwirtschaft stattfindet, trägt sie zum
736 Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei und führt zu einem Verlust an
737 Biodiversität und landwirtschaftlicher Vielfalt. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder
738 Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver Einsatz von
739 Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große
740 Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherefreiheit –,
741 unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute
742 weitgehend frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung und der Verbraucher*innen gegen
743 Gentechnik.

744 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren entsprechend
745 der Entscheidung des EuGH auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit
746 angewandt wird. Auch die neue Gentechnik unterliegt einer strengen Regulierung und
747 Kennzeichnungspflicht. Die Menschen in Europa wollen mehrheitlich keine Gentechnik
748 auf dem Acker und dem Teller – wir setzen uns dafür ein, dass die Wahlfreiheit für
749 Verbraucher*innen und Landwirt*innen auch gegenüber neuen gentechnischen Verfahren gewährleistet
750 wird. Weil gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass
751 keine Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten können. Die
752 Zulassungsverfahren durch die EFSA müssen transparent und unabhängig vom Einfluss der Agrarkonzerne
753 durchgeführt werden. Zugleich muss der Fokus auf Umweltgefahren ausgebaut und mehr Geld in
754 öffentliche Forschung investiert werden.

755 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung,
756 sondern vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der
757 weitere Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.
758 In diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch,
759 dass bei der finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Kommission und die Mitgliedstaaten im
760 Ständigen Ausschuss ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht

- akzeptieren.
- 761 Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung
angemessen
762 beteiligt und gehört wird.
- 763 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
764 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche
gekennzeichnet
765 werden. Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen
Landbaus ist
766 ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur
gesamtschuldnerischen
767 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
768 gentechnikfreien Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten, die mit neuer Gentechnik
769 hergestellt wurden, angerechnet werden.
- 770 Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!
- 771 Die Patentierbarkeit von Saatgut und neuen Züchtungen sehen wir kritisch. Sie führt zu
immer
772 größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig gemacht,
gerade in den
773 Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei
774 gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die Wahlfreiheit der
775 Verbraucher*innen unterlaufen wird.
- 776 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und
Leben
777 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben.
Das Recht
778 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und
auf Tiere
779 geben. Aus Tierschutzgründen lehnen wir den Einsatz des Klonens in der Landwirtschaft
ab.
- 780 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer*innen weltweit auf freien Austausch und
kostenlose
781 Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau
lokaler
782 Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten
und
783 zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung
zu
784 verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des
Klimawandels zu
785 machen.
- 786 Die zunehmende Konzernmacht zementiert das agrarindustrielle System und arbeitet
gegen die
787 dringend notwendige Agrarwende. Die Reform der Wettbewerbsregeln ist der Schlüssel
zur
788 Bewältigung der Machtkonzentration im Agrarsystem. Bei zukünftigen Fusionen müssen
auch die

789 Auswirkungen auf Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit und Ernährung sowie für die
790 betroffenen
791 Bäuer*innen geprüft werden.

791 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 792 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 793 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 794 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 795 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik,
- 796 • ein Verbot von Patenten auf Saatgut, Pflanzen und Tiere.

797 **1.6 Tierschutz stärken**

798 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen
Tierbeständen.

799 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp, wenn
wir nicht

800 alle Ziele der Welternährung und des Naturschutzes über Bord werfen wollen. Deshalb
sollten

801 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche
begrenzt wird.

802 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
803 grundsätzlich ernähren kann. Wir wollen eine kreislaufbasierte Landwirtschaft, die
804 überwiegend regional verortet ist, anstatt das Futter aus Übersee zu beziehen.

805 Wir halten Tiere in sehr großer Zahl, um sie zu töten und zu essen. Daraus ergibt sich
eine

806 ethische Verpflichtung. Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten
Preise

807 und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere
durch

808 neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen
schützt. Wir wollen

809 den Tierschutz bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung innerhalb von zehn
Jahren durch

810 ordnungsrechtliche Vorgaben erheblich verbessern, sodass Tierhaltung an den
Bedürfnissen der

811 Tiere orientiert ist. Tierprodukte, die den EU-Tierschutzstandards nicht entsprechen,
sollen

812 nicht mehr in die EU importiert werden. Zudem sollte eine pflanzliche Ernährung u.a.
durch

813 Aufklärungsarbeit und gezielte Angebote gefördert werden.

814 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
815 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass
Tiere

816 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu
dem, der

817 am billigsten arbeitet – und wollen deshalb Tiertransporte auf maximal vier Stunden

818 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen
fördern
819 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine
Infrastruktur
820 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen. Hierzu gehört auch,
Schlachthöfe
821 unter Wahrung des Beschäftigtendatenschutzes durch Videokameras besser zu
überwachen. Dabei
822 aufgedeckte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent, hart und sofort
geahndet
823 werden.

824 Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Tiertransporte für Zucht,
Schlachtung,
825 Tierversuche und Heimtierhaltung müssen europaweit kontrollierbar sein. Das geltende
Recht
826 muss umgesetzt werden. Wir wollen den Tierschutzvollzug auch auf europäischer
Ebene stärken.
827 Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent erfasst und geahndet
werden.

828 Exporte lebender Schlachttiere sowie Mast- und Zuchttiere in Länder außerhalb der EU
sowie
829 jede Form von Klonen und Qualzucht wollen wir verbieten. Anstelle dessen sollen
Samen und
830 Fleisch transportiert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tiere in der EU nicht
831 betäubungslos kastriert werden dürfen und solche Tiere auch nicht mehr in den EU-
Binnenmarkt
832 eingeführt werden.

833 Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf
weitere
834 Produkte und andere Bereiche, wie z. B. die Chemikalienprüfung, ausgeweitet werden.
835 Zusätzlich benötigen wir eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen
sowie
836 eine verstärkte Förderung für die Erforschung von Alternativen. Bestehende
Alternativen sind
837 anzuwenden. Auch Haus- und Straßentiere müssen in Europa ein würdiges Leben
haben. Wir
838 fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden. Stattdessen müssen
839 öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die Kastration,
gestärkt
840 werden. Auch eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und
Katzen
841 wollen wir einführen.

842 Wildtiere, ihre Habitate und Zuggebiete wollen wir besonders schützen. Hierfür sind
843 internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen
illegalen
844 Wildtierhandel in Europa bekämpfen und den Import von Wildtieren und -pflanzen in die
EU
845 besser regulieren. So wollen wir die Instrumente internationaler Artenschutzabkommen
(z. B.

846 CITES) stärken und zielgerichteter sowie schneller anwenden. Für Arten, die selbst in
847 zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsgemäß gehalten werden können, wollen
wir den
848 Import beenden, internationale Arterhaltungs- und Zuchtprogramme jedoch ermöglichen.
849 Fischbestände schützen

850 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik und für ein Netzwerk von
gut
851 überwachten Meeresschutzgebieten in ganz Europa. Unsere Meere müssen geschützt
und die
852 Überfischung muss gestoppt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von
Fischbeständen
853 gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der Meere und der
854 Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-
Fischereipolitik
855 nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet
856 werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-
857 Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie
scharfe
858 Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die
859 Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich
verbieten.

860 Ein Leerfischen der Meere für unseren Konsum lehnen wir ab. Wie wollen Alternativen
zur
861 Stellnetz- und Schleppnetzfisherei voran bringen, um die Umwelt- und
Tierschutzschäden zu
862 minimieren. Diese können ökologische Aquakulturen sein, technische Verbesserungen,
die
863 Beifänge minimieren oder alternative Fangmethoden. Funktionierende Alternativen
wollen wir
864 zum europäischen Standard erklären.

865 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 866 • ambitionierten Tierschutz von der Landwirtschaft bis zu Heimtieren,
- 867 • eine Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen,
- 868 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält.

869 **1.7 Europa vom Plastikmüll befreien**

870 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit saubereren Meeren, einem reichhaltigen
871 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In
den
872 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere
Flüsse und
873 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal
umsteuern, wird
874 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik
sogar in
875 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

876 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
877 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
878 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in
Salz,
879 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu
uns
880 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht.
Denn durch
881 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur
Erhitzung
882 unserer Erde beiträgt.

883 Plastikflut eindämmen

884 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
885 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen
Tonnen
886 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die
Hand
887 nehmen.

888 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle
Minderungsziele für
889 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren
Verpackungsabfall in
890 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin
deponiert
891 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten
892 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
893 recycelt werden können.

894 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
895 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende
Verwendung
896 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik
nicht
897 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei
Trinkhalmen
898 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden.

899 Die Europäische Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen
und
900 unter anderem ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen,
Plastikgeschirr
901 und auch Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter Ansatz, bislang sind die
Überlegungen der
902 Europäischen Kommission hierzu jedoch nur sehr vage ausgeführt. Wir Grüne setzen
uns dafür
903 ein, dass die Verbotsliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der
Industrie
904 und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt
wird. Auch

905 reicht ein solches Verbot noch nicht, um den Massen an Einwegplastik umfangreich
906 Einhalt zu
907 gebieten.
908 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche
909 Abgabe bietet
910 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden.
911 Zugleich
912 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
913 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von
914 Plastik
915 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung
916 von
917 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
918 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
919 auszubauen.
920 Recycling stärken
921 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der
922 EU-
923 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die
924 Recyclingkapazitäten
925 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
926 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren
927 Beitrag
928 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen
929 Materialien
930 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.
931 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland
932 ein
933 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf EU-Ebene noch Handlungsbedarf.
934 Qualitativ
935 hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist
936 wesentlich
937 ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist eine
938 Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
939 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
940 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für
941 Einweggetränkeflaschen
942 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese
943 Wegwerfprodukte
944 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.
945 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild
946 sein.
947 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention
948 unter
949 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine
950 Grenzen.

934 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 935 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 936 • eine europäische Plastiksteuer,
- 937 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 938 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.